

Hans-Uwe Daumann, Die Grünen im Rat

Rede zum Doppelhaushaltsentwurf 2017/18 der Stadt Ludwigshafen

12.12.2016

Frau Oberbürgermeisterin, Damen und Herren des Stadtvorstands, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Das meistgehörte Wort im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2017 / 2018 ist „Seitwärtsbewegung“. Der Kämmerer und alle, die den Entwurf kommentiert haben, meinen damit, dass viele Positionen auf gleichem Niveau verharren. Insgesamt ist Ludwigshafen finanziell aber in einer rekordmäßigen Abwärtsbewegung begriffen. Die für 2017 und 2018 veranschlagten Haushaltsdefizite sind die höchsten, die Ludwigshafen bisher zu verzeichnen hatte. Wir nähern uns dem bilanztechnischen Verzehr unseres Vermögens in atemberaubender Geschwindigkeit.

Wir haben vor zwei Jahren zum letzten Doppelhaushalt einen Änderungsantrag gestellt, wie auch in den Jahren zuvor. Wir verzichten an dieser Stelle darauf. Und zwar vor allem deswegen, weil wir weitgehend die gleichen Punkte auch zwei Jahre später auflisten müssten:

- Für die Straßenbäume in der Stadt gibt es auch 2017/18 wenig Hoffnung. Was krank und alt ist, wird nicht ersetzt. Der einzige Unterschied ist, dass sich die Verwaltung an dieser Stelle ehrlicher gemacht hat und bereitwillig zugibt, dass sie für Nachpflanzungen keinen Spielraum sieht. Wir kritisieren das. Es leuchtet vollkommen ein, dass Ludwigshafen in der Grünpflege umsteuern muss. Der Sparkurs der letzten Jahre ist nicht mehr tragbar. Wir stimmen also zu, dass die Stadt an dieser Stelle – bei der „Grünpflege ohne Bäume“, wie ich im Kompetenzteam gelernt habe – in den nächsten Jahren zulegen muss. Wir wollen aber nicht nur über Arbeitskraft und Finanzen reden, sondern auch über das, was sich inhaltlich im Grünbereich verändern muss. Und zwar „mit Bäumen“.
- Ein Radverkehrskonzept, wie von uns gefordert, können wir nicht erkennen. Die Frage ist in der Zwischenzeit deutlich dringlicher geworden, denn wir sind in der langen Zeit der Baustellen, die ja schon begonnen hat, darauf angewiesen, dass

deutlich mehr Menschen aufs Rad umsteigen. Dazu ist ein guter Plan und dazu sind gezielte Anreize notwendig. Und auch wenn das banal klingt: Auch für den Verkehr zu Fuß bräuchte es ein Konzept. Andere Städte in der Region machen das vor.

- Marketingmaßnahmen für den öffentlichen Nahverkehr sind weiterhin überfällig. Das Konzept neuer Straßenbahn- und Buslinien für die Zeit der Realisierung der langen Stadtstraße ist eine gute Sache. Die zusätzlichen Verbindungen werden sich aber nicht von selbst füllen. Die Stadt als Auftraggeber muss auch für eine nachhaltige Vermarktung der neuen Verbindungen sorgen.
- Die Erstellung eines neuen Klimagutachtens für Ludwigshafen ist weiterhin offen. Es ist klar, warum wir das wollen: Weil wir von den angekündigten Gewerbegebieten zwischen Eppstein und Ruchheim eine deutliche Verschlechterung klimatischer Verhältnisse in der Stadt erwarten. Das liest niemand gerne in Zeiten des Vorwahlkampfes, wenn sich OB-Kandidat/innen überbieten im Jubel über Logistik-Investoren – die anderenorts in der Region aus guten Gründen kein Ackerland versiegeln dürfen.

Wir haben vor zwei Jahren auch Deckungsvorschläge gemacht, zum Beispiel die Kürzung von Mitteln des Innenstadtmanagements. Auch dies könnten wir 2016 wiederholen. Das Geld für die Beraterfirmen ist ausgegeben, aber wir sind enttäuscht von dem Ergebnis: Ein paar brauchbare und einleuchtende Ideen, die aber nicht realisiert werden. Wir stellen fest: In der Entwicklung der Innenstadt kommt nichts voran. Wir teilen die Enttäuschung vieler Ludwigshafenerinnen und Ludwigshafener. Der Fortschritt ist eine Schnecke, aber hier läuft die Schnecke rückwärts.

Es ist aus unserer Sicht ein Fehler, dass die Stadt und die Mehrheitsfraktionen die Entwicklung des Berliner Platzes als Privatsache eines Investors ansehen, der Ludwigshafen bisher nichts Gutes hinterlassen hat. Wir werden jedenfalls nicht zustimmen, diesem Investor das Baurecht für ein Hochhaus am zentralen Platz der Innenstadt zu geben, und wir haben den Eindruck, dass eine Mehrheit der LudwigshafenerInnen dabei hinter uns steht.

A propos Hochhaus: Die Art und Weise, wie das Rathaus Stück für Stück demontiert wird, ist ebenfalls kein Ruhmesblatt. Es ist ein weiteres schlechtes Beispiel, wie die Stadt beim Umgang mit den Fehlinvestitionen der Vergangenheit überfordert ist.

Mit Blick auf die Sozialausgaben wird immer vom sprichwörtlichen „strukturellen Defizit“ geredet. Ich glaube nicht, dass das das einzige strukturelle Problem ist, vor dem die Stadt steht. Ein Beispiel: Von Jahr zu Jahr wird der Beitrag der städtischen Tochtergesellschaften zu den Stadtfinanzen negativer. Das ist eine schwierige Diskussion. Hier sind unsere eigenen Ideen und Lösungsansätze gefragt, um die Entwicklung wieder umzudrehen.

Wir sind der Meinung, dass die Stadt auch auf der Einnahmenseite das Nötige tun muss und haben in der Vergangenheit immer wieder gefordert, den Hebesatz der Gewerbesteuer zu erhöhen. Da die letzte Erhöhung auf 405 Punkte erst zwei Jahre zurück liegt, halten wir an dieser Stelle still. Für den Augenblick wären wir damit zufrieden, wenn die EU das Steuerkarussell stoppen würde, mit dem die BASF europaweit zwischen 2010 und 2014 über 900 Millionen Euro Steuerzahlungen vermieden haben soll. Davon würde die Stadt Ludwigshafen entschieden profitieren.

Wir wären auch zufrieden, wenn bei künftig anstehenden Sanierungsmaßnahmen für ehemalige BASF-Müllkippen im Stadtgebiet eine einigermaßen faire Lastenverteilung erreicht werden könnte. Der Verursacher sollte unserer Meinung nach mit deutlich mehr als 50 % für die Spätfolgen seines Tuns einstehen. So kommen auch hohe Summen zusammen, über die Jahre hinweg einige Millionen! Und bevor die Frage kommt: Die beiden existierenden Verträge zur Sanierung der ehemaligen BASF Deponie "Frigenstraße" haben wir gelesen, und sie würden es unseres Erachtens gerade nicht ausschließen, dass man in der dritten Phase, die jetzt ansteht, zu einem besseren Ergebnis für die Stadt käme.

Sie werden sich nicht wundern, dass wir einen Teil dieses Geldes gerne in kommunale Klimapolitik stecken würden. Es gehört auch zur Generationengerechtigkeit, die Verkehrs- und Energiewende in unserer Stadt voranzutreiben, den öffentlichen Nahverkehr grundlegend zu verbessern und dafür zu sorgen, dass wir uns hier umweltfreundlich und gesund mit Fahrrad und zu Fuß fortbewegen können. Der

Klimaschutzplan und sein Teilplan Mobilität wurden uns und der Bürgerschaft ausführlich vorgestellt. Die städtische Klimapolitik lebt vom persönlichen Engagement weniger Akteure. Wir können nicht erkennen, dass die im Konzept verankerten bescheidenen finanziellen Voraussetzungen zur Verfolgung dieser Ziele sich im Doppelhaushalt wiederfinden.

Wir meinen, dass der Bau der Stadtstraße nicht das einzige Großprojekt der Ludwigshafener Kommunalpolitik sein kann. Was uns dieses Jahr – nicht erst seit diesem Jahr, aber mit größer werdender Dringlichkeit – beschäftigt, sind soziale Fragen. Um es klar zu sagen: Wenn Menschen, die seit Jahren nicht mehr gewählt haben, jetzt zur Wahlurne gehen nur, um ihr Kreuz bei Rattenfängern zu machen – gerade in Ludwigshafen - dann wirft das dringliche Fragen auf.

Auch der Stadtrat muss sich darum kümmern, wie wir gerechtere Lebensbedingungen in unserer Stadt schaffen und etwas gegen die wachsende Armut tun können. Es ist unserer Meinung nach nicht zu viel verlangt, dass mit dem Doppelhaushalt auch ein klares Signal für ein stärkeres kommunales Engagement im sozialen Bereich gesendet werden sollte. Die Wohnungsnot, die gerade für finanziell schlechter Gestellte inzwischen offensichtlich ist, erfordert eine Reaktion der Kommune. Was die Wohnungsbautochter GAG in Ludwigshafen momentan baut bzw. bauen will, ist ein wichtiger Beitrag, aber keine Lösung des Problems.

Auch für die Schwächsten erwarten wir Engagement: Wir unterstützen die Forderung der Ökumenischen Fördergemeinschaft, dass auch die Sanierung der Wohnungen in der Bayreutherstraße, in denen Langzeitbewohner zu Hause sind, angegangen werden muss.

Ludwigshafen hat nicht in erster Linie ein Arbeitsplatzproblem, sondern das Problem, dass die vorhandenen Arbeitsplätze für viele Menschen hier nicht zu haben sind. Ludwigshafen hat ein Bildungsproblem, und dem müssen wir uns stellen. Bildungsgerechtigkeit setzt voraus, dass wir den Sanierungsstau in den Schulen schneller auflösen und Ludwigshafen als Bildungsstandort entwickeln. Wenn es in der Sporthalle der Friesenheimer Grundschule durchs Dach regnet, dann ist es ein schwacher Trost, wenn das 2018 repariert werden soll. Bis dahin sind zwei weitere

Jahrgänge von der Schule abgegangen, denen keine voll funktionierende Turnhalle zur Verfügung steht.

Wir wollen als Stadtratsmitglieder nicht mehr bei jedem Schulbesuch Klagen über die Schulverwaltung und das Gebäudemanagement der Stadt anhören wollen. Die Schulen, die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler sind keine lästigen Kostgänger des Schulträgers, die Bildungseinrichtungen sind unsere Zukunftswerkstätten. Zwischen der Stadt und ihren Schulen würden wir uns ein neues Klima wünschen.

Sie sehen, wir haben ein Projekt für Ludwigshafen jenseits der städtebaulichen Veränderungen, ein Projekt der sozialen Wende. Wer nach Berlin geht, um gegen die Not der Städte zu demonstrieren, der muss unserer Meinung nach auch sagen, worum es geht: Die soziale Abwärtsspirale umzudrehen und die Voraussetzungen für eine gute Zukunft der hier lebenden Menschen zu schaffen.

Wenn wir uns fragen: Bringt der Doppelhaushalt 2017 / 2018 die Stadt an dieser Stelle voran? Dann müssen wir antworten: Leider nein.

Mit dem Haushalt der Seitwärtsbewegung können wir nicht zufrieden sein. Die Grünen im Rat lehnen den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.